

# Verteilungskonflikte, Kapitalbildung und Arbeitslosigkeit

O. Landmann

## 1 Die Problemstellung: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa

Die 80er Jahre, so viel läßt sich heute schon mit Sicherheit sagen, haben Bewegung in die Beschäftigungstheorie gebracht. Die Fakten sind zur Genüge bekannt: Stagnation der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Kernländern Europas trotz anhaltendem Konjunkturaufschwung, trotz hoher Kapazitätsauslastung, trotz gemäßigter Lohnpolitik, trotz sinkender Lohnquote und steigender Kapitalrentabilität, trotz weiter steigendem Arbeitskräftepotential; gleichzeitig rasante Beschäftigungsexpansion in den Vereinigten Staaten und niedrige Arbeitslosenquoten in Japan sowie in verschiedenen kleineren europäischen Ländern. Die Erklärung der einzelnen nationalen Entwicklungen im Zeitablauf wie auch der Gemeinsamkeiten und Unterschiede im internationalen Quervergleich stellt die theoretische und empirische Beschäftigungsforschung vor die größte Herausforderung seit Keynes.

Natürlich begannen die bewegten Zeiten für die Beschäftigungstheorie nicht erst in den 80er Jahren. Aus der Beschaulichkeit der keynesianisch-neoklassischen Synthese wurde sie vielmehr schon zu Beginn der 70er Jahre gerissen, als der ehemals stabile Phillipskurven-Zusammenhang jäh zerbrach. Die Stagflation jener Periode zwang zur Wiederentdeckung der Angebotsseite und zur Erkenntnis, daß die Wirtschaftspolitik auf die Dauer nicht auf Geldillusion bauen kann. Aber anfängliche Befürchtungen (bzw. Hoffnungen), daß das Nebeneinander von steigender Inflation und steigender Arbeitslosigkeit das ganze herkömmliche Instrumentarium der makroökonomischen Analyse irreparabel diskreditiert habe, erwies sich als verfrüht. Nachdem die tiefgreifenden angebots- und nachfrageseitigen Erschütterungen der 70er Jahre identifiziert und ihre Auswirkungen in einer Welt unvollkommen flexibler Löhne und Preise verstanden waren, konnte von einem krassen Theorie-Defizit eigentlich keine Rede mehr sein. Und als die Weltwirtschaft mit Anbruch der 80er Jahre auf die monetäre Restriktionspolitik der größeren Industrieländer lehrbuchmäßig mit einer Stabilisierungskrise reagierte, aus der sich zumindest die Vereinigten Staaten mit lehrbuchmäßigem deficit spending wieder herausarbeiteten, war das Vertrauen in die orthodoxe makroökonomische Einkommens- und Beschäftigungstheorie weitgehend wiederhergestellt.

Mit zum Überleben der Orthodoxie hat beigetragen, daß sie bei der Verarbeitung der jüngeren Erfahrungen auch Anregungen aufgegriffen und absorbiert hat, die zunächst im Sinne harter Kritik an sie herangetragen worden waren. Dazu zählt insbesondere die von Phelps (1967) und Friedman (1968) in die

Diskussion geworfene Hypothese der „*natürlichen Arbeitslosenquote*“ oder *NAIRU* (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment), die in den hitzigen Debatten zwischen Keynesianern, Monetaristen und den Anhängern der „Neuen Klassischen Makroökonomik“ bald keine nennenswerte Rolle mehr spielte, sondern auf breiten Konsens stieß und schon längst zu einem Kernstück auch der keynesianisch orientierten Lehrbuchliteratur geworden ist. Damit einhergegangen ist eine Neudefinition der Zielsetzung, die sich die globale Nachfragesteuerung bestenfalls setzen kann. Anstelle der einstigen früh-keynesianischen Ambition, die Wirtschaft stets auf dem Niveau ihres physischen Produktionspotentials zu stabilisieren, ist das bescheidenere Ziel getreten, die – durchweg als temporär eingeschätzten – Abweichungen von der *NAIRU* zu begrenzen und gegebenenfalls zu verkürzen. Man mußte sich an den Gedanken gewöhnen, daß die *NAIRU* unter Umständen bedeutend über jenen Werten liegen kann, die man einst mit Vollbeschäftigung assoziiert hatte. Die Frage, „Why Is the Unemployment Rate So High at Full Employment?“ hat einiges von ihrem paradoxen Klang eingebüßt, seit Robert Hall sie 1970 erstmals gestellt hat.

Trotzdem beginnen gerade hier, beim Konzept der *NAIRU*, die besonderen Schwierigkeiten, welche die jüngeren Entwicklungen auf Europas Arbeitsmärkten aufwerfen. War das Emporschnellen der Arbeitslosenquoten zwischen 1980 und 1982 noch als normale Begleiterscheinung der damaligen Inflationsbekämpfungspolitik zu erklären, mußte es im Lichte der Theorie der natürlichen Arbeitslosenquote als rätselhaft erscheinen, daß sich die Beschäftigungslage nach Abschluß des Desinflationsprozesses nicht wieder normalisierte. Dieselben ökonometrischen Schätzgleichungen, die angesichts der steigenden Inflationsraten der frühen 70er Jahre die empirische Phillipskurven-Forschung dazu gezwungen haben, das Konzept einer natürlichen Arbeitslosenquote zu akzeptieren, führen heute, da die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharrt, unausweichlich zum Schluß, daß diese natürliche Arbeitslosenquote dramatisch angestiegen sein muß. Unausweichlich ist der Schluß deshalb, weil der Rückgang der Inflationsraten in Europa trotz der anhaltenden gravierenden Unterbeschäftigung zum Stillstand gekommen ist und die *NAIRU* operationell ja gerade als diejenige Arbeitslosenquote definiert ist, bei der die Inflationsrate stabil bleibt. Instruktiv und nicht unrepräsentativ ist etwa die von Franz (1987) vorgenommene und in Tabelle 1 wiedergegebene Schätzung der Entwicklung der *NAIRU* für die Bundesrepublik Deutschland. Die Berechnung beruht auf einer Phillipskurvengleichung und zeigt deutlich, wie der Schätzwert für die *NAIRU* beinahe *pari passu* mit der tatsächlichen Arbeitslosenquote ansteigt.<sup>1</sup>

Aber der Zwang, den Schätzwert für die Gleichgewichtslage der Arbeitslosigkeit Jahr für Jahr zu revidieren, hat ein eigentliches intellektuelles Vakuum entstehen lassen. Robert Solow (1986, 1987) geht gar so weit, von einem „intellektuellen

---

<sup>1</sup> Die Details der Schätzmethode, und auch eine Warnung vor allzu weitreichenden Schlüssen aus diesen Zahlen, finden sich bei Franz (1987). Eine Übersicht über analoge Schätzungen für andere Länder gibt das „Unemployment Supplement“, *Economica*, Vol. 53, 1986.

**Tabelle 1.** Tatsächliche und „natürliche“ Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, 1970-1986 (alle Angaben in %)

	Offizielle Arbeitslosen- rate	Schätzung der NAIRU durch Franz (1987)	Schätzung der „natürlichen Arbeitslosenquote“ durch Coen/Hickman (1987) <sup>a</sup>
1970–1974	1,3	1,9	1,0
1975–1979	4,4	4,2	1,2
1980	3,7	4,1	1,2
1981	5,3	4,0	1,3
1982	7,6	5,1	1,3
1983	9,3	6,3	1,3
1984	9,3	7,6	1,3
1985	9,3	8,1	–
1986	9,2	8,8	–

<sup>a</sup> Für die methodischen Unterschiede in der Ermittlung des NAIRU durch Franz und der „natürlichen“ Arbeitslosigkeit durch Coen/Hickman, vgl. den Text und die Originalstudien.

Skandal“ zu sprechen, und verneint, daß an einer natürlichen Arbeitslosenquote, die unter dem Einfluß nicht spezifizierter Kräfte dermaßen „herumhopt“, noch irgendetwas „natürlich“ sei.

Der Grund, warum die Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit durch eine hohe NAIRU auf so viel Skepsis stößt, ist doppelter Natur: Einerseits erscheint auf der normativen Ebene eine solche Erklärung bereits a priori zu präjudizieren, daß die Beschäftigungspolitik nicht auf der Nachfrageseite ansetzen sollte – eine Forderung, die keineswegs als allgemein akzeptiert gelten kann.<sup>2</sup> Andererseits fällt es auf der theoretischen Ebene nicht ganz leicht nachzuvollziehen, welche Ursachen denn die NAIRU so massiv erhöht haben sollen. Zwar ist das Konzept der natürlichen Arbeitslosenquote von Phelps und Friedman ausdrücklich nicht als „Naturkonstante“ gemeint gewesen, aber doch als Ausdruck realwirtschaftlicher Strukturmerkmale der Wirtschaft, von denen anzunehmen ist, daß sie sich im Zeitablauf höchstens langsam verändern. In der wohl meistzitierten Textstelle der gesamten Phillipskurvenliteratur drückte sich Milton Friedman (1968, S. 8) wie folgt aus:

“The ‘natural rate of unemployment’ is the level that would be ground out by the Walrasian system of general equilibrium equations, provided there is embedded in them the actual structural characteristics of the labor and commodity markets, including market imperfections, stochastic variability in demands and supplies, the cost of gathering information about job vacancies and labor availabilities, the costs of mobility, and so on”.

<sup>2</sup> Es sollte vielleicht betont werden, daß auch Wolfgang Franz, der Autor der in Tabelle 1 zitierten Werte für die deutsche NAIRU, dieser Folgerung mit größter Skepsis gegenübersteht; vgl. Franz (1987), S. 113–115.

Als Determinanten der natürlichen Arbeitslosigkeit stehen also strukturelle, friktionelle, Markt- und Informationsunvollkommenheiten im Vordergrund.<sup>3</sup> Während es Anhaltspunkte dafür gibt, daß die Flexibilität der Arbeitsmärkte in verschiedenen europäischen Ländern seit Beginn der 70er Jahre abgenommen hat (vgl. z. B. OECD 1986), besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß dieser Flexibilitätsverlust nicht entfernt ausreicht, einen Anstieg der Arbeitslosenquoten um das vier- bis fünffache zu erklären. Franz (1988) analysiert für die BRD eine Reihe von quantitativen Indikatoren für die genannten Unvollkommenheiten und kommt zum Schluß, daß sie keinen nennenswerten Beitrag zur Erklärung der Beschäftigungsentwicklung leisten. Übereinstimmend mit diesem Ergebnis finden Coen und Hickman (1987), daß ein Maß der natürlichen Arbeitslosigkeit, das nicht auf das Kriterium der stabilen Inflationsrate, sondern allein auf demographische und friktionelle Faktoren abstellt, im Falle der BRD seit 1970 fast unverändert niedrig geblieben ist (vgl. Tabelle 1).

Friedman (1968) hat keinen Unterschied zwischen seiner natürlichen Arbeitslosenquote und der NAIRU gemacht (obwohl er den Begriff der NAIRU nicht selbst geprägt hat). Vielmehr hatte er ein rein realwirtschaftlich determiniertes Gleichgewicht im Auge, das durch monetäre Einflüsse gestört werden kann – wobei das Preisniveau, bzw. die Inflationsrate, einem kumulativ-destabilisierenden Druck ausgesetzt ist, solange eine Gleichgewichtsstörung anhält. Das Epitheton „natürlich“ sollte die enge Analogie zum Gleichgewichtsbegriff der Wicksellschen Zinsspannentheorie zum Ausdruck bringen. Während also für Friedman die natürliche Arbeitslosenquote und die NAIRU konzeptionell zusammenfallen, legt die oben geschilderte empirische Evidenz den Schluß nahe, daß in Europa diejenige Arbeitslosenquote, die erforderlich ist, um eine Beschleunigung der Inflation zu verhindern, viel stärker angestiegen ist, als durch eine Veränderung der von Friedman aufgezählten „structural characteristics“ je erklärbar wäre.

Es ist eine erste These des vorliegenden Aufsatzes, daß dieser Widerspruch weder ein Versagen der Phelps-Friedman-Theorie anzeigt, noch dazu zwingt, fortan zwischen natürlicher Arbeitslosenquote und NAIRU zu unterscheiden. Vielmehr gilt es zu bedenken, daß Friedmans Aufzählung von gleichgewichtsbestimmenden Strukturmerkmalen auf das stark dezentralisierte und durch vergleichsweise intensiven Wettbewerb gekennzeichnete Beschäftigungssystem der Vereinigten Staaten zugeschnitten ist. Bei der Übertragung auf europäische Verhältnisse ist zu berücksichtigen, daß der Arbeitsmarkt hier ein Hauptschauplatz des Verteilungskampfes zwischen den organisierten gesellschaftlichen Interessengruppen ist. Wie in Abschnitt 2 näher erläutert, folgt hieraus, daß die natürliche Arbeitslosenquote, und zugleich NAIRU, durch das Verhältnis zwischen Verteilungsansprüchen und Verteilungsspielraum erklärbar ist. Der entscheidende Punkt dabei ist, daß sich dieses Verhältnis binnen kurzer Frist sehr viel nachhaltiger ändern kann als Strukturmerkmale des Arbeitsmarktes wie Mobilität, Informationskosten und Job-Mismatch. Auch paßt die Verteilungskampf-Interpretation der NAIRU sehr gut zu der Art und Weise, wie sich in der beschäftigungspolitischen Diskussion – vorab der deutschen – die Fronten

---

<sup>3</sup> Ein formales Modell der natürlichen Arbeitslosenquote, das auf diese Faktoren abstellt, findet sich z. B. bei Hall (1979).

verhärtet haben und sich die gesellschaftlichen Gruppen in immer wiederkehrendem Ritual den Schwarzen Peter der Schuld an der Arbeitslosigkeit zuschieben.

Die zweite These dieses Aufsatzes lautet, daß die Anpassungsfähigkeit der Verteilungsansprüche nicht nur – wie allgemein anerkannt – durch die wohlbekannten Schocks der 70er Jahre überfordert wurde, sondern auch durch die ganz anders geartete Bedingungskonstellation der 80er Jahre. Das hervorstechende Merkmal dieser Periode ist neben der hohen Arbeitslosigkeit in Europa das abnorm hohe Realzinsniveau. Genau wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit war der hohe Realzins zunächst eine Folge monetärer Restriktion. Er verharrte aber auch dann noch auf hohem Niveau, als die Rezession und die negativen Änderungsraten der realen Geldmenge schon längst wieder der Vergangenheit angehörten. Kapitalmangel? Überhandnehmende Gegenwartsorientierung? Bleibende Narben des Desinflationsprozesses? Es ist hier nicht der Ort, den Ursachen im einzelnen nachzugehen.<sup>4</sup> Wesentlich in unserem Zusammenhang ist jedoch, daß das hohe Realzinsniveau der 80er Jahre, im Gegensatz zur hohen Arbeitslosigkeit, nicht ein spezifisch europäisches, sondern ein weltweites Phänomen ist.

Die relevanten Fakten sind in Tabelle 2 zusammengefaßt. Im Mittel der Jahre 1981–1987 lag das Realzinsniveau in Europa um mehr als 4 Prozentpunkte und in den USA um knapp 6 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert der 70er Jahre. Bemerkenswert ist, daß die Investitionsquote in den USA nach dem rezessionsbedingten Einbruch der Jahre 1982/83 bald wieder ihre frühere Größenordnung erreicht hat. Die Steueranreize und das unternehmerfreundliche Klima der Reagan-Ära haben das Zinshandicap offenbar aufgewogen. Demgegenüber hat die Investitionsquote in Europa ihre Talfahrt auch nach Überwindung des Konjunkturtiefs fortgesetzt. Wie die großen Leistungsbilanzüberschüsse anzeigen, und wie oft genug beklagt worden ist, sind Europas Ersparnisse in den 80er Jahren in erheblichem Umfang ins Ausland abgeflossen. Dies ist denn auch der Hintergrund, vor dem das gegenüber den 70er Jahren nochmals deutlich verlangsamte Wachstum der europäischen Arbeitsproduktivität zu sehen ist. Die Zuwachsrate ist zwar immer noch höher als in den USA, aber der Vorsprung hat sich im Vergleich der Zeitabschnitte 1971–1980 und 1980–1987 von 2,4 auf 1,1 Wachstumsprozente verringert.

Zweck von Abschnitt 3 ist es zu zeigen, wie ein Rückgang der Realkapitalbildung auf die Beschäftigung – oder genauer: auf die NAIRU – zurückwirken kann. Indirekt wird damit auch die These der *Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit* angesprochen. Nachdem die makroökonomische Expertengruppe des Brüsseler Centre for European Studies diese These im zweiten ihrer vielbeachteten Jahresberichte noch als „rundweg ausgeschlossen“ bezeichnet hatte (Blanchard et al. 1986, S. 45), änderte sie bald darauf, in neuer Besetzung und mit mehr Distanz zu den Rezessionsjahren, ihre Einstellung (ibid., S. 109–111) und stellte die Bedeutung der Kapitalbildung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit zwei Jahre später gar in den Mittelpunkt ihres Berichts (Modigliani et al. 1987) – wobei sie allerdings weiterhin vor einer allzu mechanistischen Interpretation des Zusammenhangs warnte. Die Analyse in Abschnitt 3 greift diese Frage auf und führt, vereinfacht

---

<sup>4</sup> Mit diesem Problem setzen sich u. a. Blanchard/Summers (1984), Bombach (1987) und Giersch (1985, 1987) auseinander.

**Tabelle 2.** Realzins, Investitionsquote und Arbeitsproduktivität in Europa<sup>a</sup> und in den USA, 1961–1987

	Realzins <sup>b</sup>		Investitionsquote <sup>c</sup>		Arbeitsproduktivität <sup>d</sup>	
	Europa	USA	Europa	USA	Europa	USA
1961–1970	2,3 <sup>e</sup>	1,7	23,1	18,0	4,6	1,9
1971–1980	−0,3 <sup>f</sup>	0,0 <sup>f</sup>	22,5	18,8	3,1	0,7
1981	3,6	2,9	21,0	18,6	1,3	1,2
1982	3,3	5,5	20,1	17,2	1,5	−2,0
1983	3,8	6,6	19,6	17,2	2,0	2,4
1984	5,0	7,9	19,3	18,1	2,3	1,7
1985	4,4	7,3	19,1	18,6	1,8	0,5
1986	3,3	5,8	18,9	18,6	1,8	0,8
1987	4,8	4,7	19,1		1,4	−0,2
1981–1987	4,0	5,8	19,6	18,1 <sup>g</sup>	1,7	0,6

<sup>a</sup> Gemeinschaft der 12

<sup>b</sup> Langfristiger Nominalzins, bereinigt um die laufende Änderung des BIP-Deflators

<sup>c</sup> Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP

<sup>d</sup> jährliche Wachstumsrate

<sup>e</sup> 1961–1969

<sup>f</sup> 1970–1980

<sup>g</sup> 1981–1986

Quelle: Europäische Wirtschaft, Nummer 34, November 1987

ausgedrückt, zum Ergebnis, daß es nicht der Rückgang der Kapitalbildung per se ist, der die Unterbeschäftigungsproblematik verschärft, sondern die ungenügende Bereitschaft der gesellschaftlichen Gruppen, die Konsequenzen der veränderten Kapitalmarktsituation für die Einkommensverteilung zu akzeptieren. Abschnitt 4 faßt zusammen und zieht einige Schlußfolgerungen.

## 2 Verteilungsansprüche, Verteilungsspielraum und die NAIRU

Daß ungelöste Verteilungskonflikte makroökonomische Spannungen verursachen, ist keine neue Feststellung. Vor allem in der Theorie der Inflation hat dieser Gedanke immer eine bedeutende Rolle gespielt. Die polit-ökonomischen Ansätze der Inflationserklärung haben Diskrepanzen zwischen Verteilungsansprüchen und Verteilungsspielraum seit jeher als eigentliche Inflationsursache in den Vordergrund gestellt und die Inflation, entweder positiv wertend als „social mollifier“ (Bronfenbrenner 1954) oder negativ wertend als „Symptom eines stillen Bürgerkriegs“ (Streibler 1973), in jedem Fall aber als Ventil für gesellschaftliche Konflikte interpretiert. Der monetaristische Einwand, daß Preissteigerungen auf die Dauer nur möglich sind, wenn sie durch ein entsprechendes Wachstum der Geldmenge akkommodiert werden, ist ebenso richtig wie vordergründig. Immerhin zwingt

er dazu, darüber nachzudenken, worin sich denn die Verteilungskonflikte entladen, wenn die Geldpolitik nicht akkommodiert. Ein simples an Holzmans (1950) Theorie der „Markup-Inflation“ angelehntes Modell hilft beim Nachdenken:

Nehmen wir an, die Arbeitnehmer setzen in den Tarifverhandlungen Löhne durch, die ein Realeinkommensziel  $\bar{v}$  zu erreichen versprechen:

$$\log w_t = \log \bar{v}_t + \log p_t^e, \quad (1)$$

wo  $w_t$  den Nominallohn und  $p_t^e$  das erwartete Preisniveau bezeichnen. Im einfachsten Fall bilden sich die Erwartungen bezüglich des Preisniveaus rein extrapolativ:

$$p_t^e = p_{t-1} \quad (2)$$

Dabei steht  $p_{t-1}$  für das Preisniveau der Vorperiode. Das Preisniveau ist ein gewichtetes Mittel der Preisindizes für Importgüter ( $p^*$ ) und für inländische Güter ( $p^d$ ). Weiter sei angenommen, daß die Inlandspreise durch die Lohnstückkosten zuzüglich eines Gewinnzuschlags gegeben seien:

$$\begin{aligned} \log p_t &= (1 - \lambda) \log p_t^d + \lambda \log p_t^* \\ &= (1 - \lambda)(\log w_t + \log(1 + s_t) - \log q_t + \log(1 + z_t)) + \lambda \log p_t^* \quad (3) \end{aligned}$$

Der Parameter  $\lambda$  ist die Importquote der Volkswirtschaft ( $0 < \lambda < 1$ ),  $q_t$  ist die Arbeitsproduktivität, während  $s_t$  und  $z_t$  für den Lohnsteuersatz und die (prozentuale) Gewinnmarge stehen. Wenn wir den realen Preis der Importe definieren als

$$p_t^{r*} = p_t^*/p_t^d \quad (4)$$

und den log des Steuer- und mark-up-Faktors mit  $\hat{s}$  bzw.  $\hat{z}$  bezeichnen, so läßt sich (3) auch schreiben als

$$\log p_t = \log w_t + \hat{s}_t - \log q_t + \hat{z}_t + \lambda \log p_t^{r*} \quad (5)$$

Wie nun unmittelbar ersichtlich ist, bestimmt (5) die Kaufkraft der Löhne als zunehmende Funktion der Arbeitsproduktivität und als abnehmende Funktion der Steuerbelastung,<sup>5</sup> der Gewinnmarge sowie des realen Importpreisniveaus:

$$\log \left( \frac{w}{p} \right)_t = \log q_t - \hat{s}_t - \hat{z}_t - \lambda \log p_t^{r*} \quad (6)$$

Schon hier wird ein zentraler Punkt sichtbar, der auch in komplexeren und realistischeren Modellen überlebt: Die Lohnkaufkraft bestimmt sich unabhängig

<sup>5</sup> Das Modell enthält einfachheitshalber nur eine Lohnsteuer. Andere Steuerarten ließen sich ohne weiteres berücksichtigen, was aber nicht zu wesentlichen zusätzlichen Einsichten führen würde.

von den gewerkschaftlichen Lohnforderungen ( $\bar{v}_t$  in unserem Modell). Die Arbeitnehmer sitzen mit der Lohnpolitik im Verteilungskampf am kürzeren Hebel. Was sie an Lohnforderungen auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen, wird Ihnen durch Überwälzung auf die Preise am Gütermarkt wieder genommen. Damit ist bereits gesagt, daß die Lohnpolitik wesentlich Einfluß auf die Inflationsrate  $\hat{p}_t$  ( $\approx \log p_t - \log p_{t-1}$ ) nimmt. Durch Einsetzen von (1) und (2) in (5) resultiert:

$$\log p_t - \log p_{t-1} = \log \bar{v}_t - (\log q_t - \hat{s}_t - \hat{z}_t - \lambda \log p_t^*) \quad (7)$$

Der Klammerausdruck auf der rechten Seite der Gleichung ist der in (6) hergeleitete Netto-Reallohn, der aus dem Preissetzungsverhalten der Unternehmungen resultiert. Die Inflationsrate entspricht gemäß (7) also gerade der Diskrepanz zwischen den Einkommensansprüchen der Arbeitnehmer ( $\bar{v}_t$ ) und demjenigen Reallohnniveau, welches das System unter Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität sowie der Einkommensansprüche von Unternehmungen, Staat und ausländischen Lieferanten hergibt. Die Rolle der Inflation ist diejenige des „anonymen Mechanismus“ (Bombach 1973), der die Ansprüche der am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen mit der verfügbaren Manövriermasse in Einklang bringt. Eine wesentliche Einsicht, die diese Perspektive vermittelt, besteht darin, daß Ereignisse, die den Verteilungsspielraum der Tarifparteien einengen – ein Produktivitätsrückschlag, eine Erhöhung der Steuerbelastung, eine Verschlechterung der Terms of Trade – nicht einfach nur einen einmaligen Preisniveauschub verursachen, wie eine oberflächliche Überwälzungsarithmetik dies nahelegen könnte, sondern zu einer anhaltenden Verschärfung der inflationären Spannungen führen, solange sich die Einkommensansprüche des privaten inländischen Sektors nicht entsprechend anpassen.

Spätestens an dieser Stelle kommt das Argument der nachfrageseitigen Akkommodation ins Spiel. Solange der monetäre Nachfragespielraum genügend elastisch ausgedehnt wird, können die Preise ungehindert wie oben beschrieben ansteigen – ja der Preisauftrieb wird sich sogar beschleunigen, wenn man berücksichtigt, daß sich die Gewöhnung an die Inflation allmählich auch in der Erwartungsbildung, in einer verkürzten Laufzeit der Tarifverträge oder in Wertsicherungsklauseln niederschlägt.<sup>6</sup> Bleibt die monetäre Akkommodation dagegen aus, muß die Inflation zwangsläufig zu einer Kontraktion der realen Nachfrage und damit auch der Produktion und der Beschäftigung führen. Diese Konsequenz wiederum kann schwerlich ohne Rückwirkungen auf die inflationsverursachende Ausgangskonstellation bleiben. Insbesondere liegt die Hypothese nahe, daß die Lohnabschlüsse, welche die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen anstreben bzw. durchsetzen, auf die Beschäftigungslage reagieren. Steigende Arbeitslosigkeit diszipliniert die Arbeitnehmer. Dieser Gedanke läßt

<sup>6</sup> Würden sich die Erwartungen in (2) etwa auf die Inflationsrate statt auf das Preisniveau beziehen:

(2')  $\hat{p}_t^e = \hat{p}_{t-1}$ , so würde (7) zu

(7')  $\hat{p}_t - \hat{p}_{t-1} \approx \log \bar{v}_t - (\log q_t - \hat{s}_t - \hat{z}_t - \lambda \log p_t^*)$

Eine Diskrepanz zwischen Verteilungsansprüchen und Verteilungsspielraum schlägt sich nun offenkundig in einer Beschleunigung des Preisanstiegs nieder.

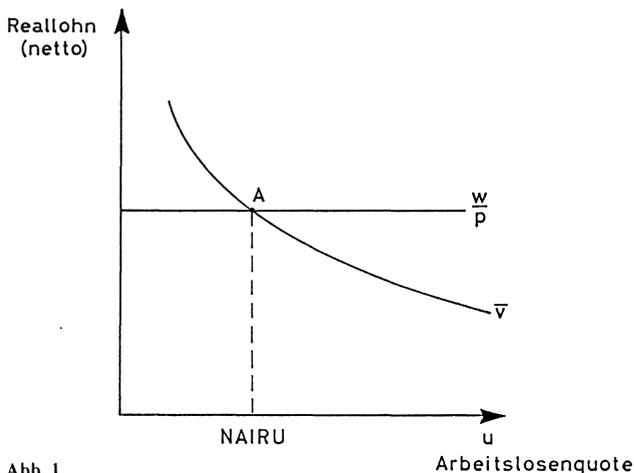


Abb. 1

sich dadurch zum Ausdruck bringen, daß der Einkommensanspruch der Arbeitnehmer als Funktion der Arbeitslosenquote  $u$  geschrieben wird:

$$\bar{v} = \psi(u), \quad \psi' < 0 \quad (8)$$

Die Situation, die sich hieraus ergibt, ist in Abb. 1 veranschaulicht (vgl. hierzu auch Layard 1986, Kap. 3). Die horizontale Linie markiert den oben in Gleichung (6) bestimmten Netto-Reallohn, der den Arbeitnehmern zufällt ( $w/p$ ). Dem steht das mit steigender Arbeitslosenquote abnehmende Anspruchs-niveau der Arbeitnehmer gegenüber ( $\bar{v}$ ). Ein Gleichgewicht zwischen Verteilungsansprüchen und Verteilungsspielraum ist offenbar im Schnittpunkt A erreicht. Bei jeder Arbeitslosenquote links dieses Schnittpunktes kommt es zu Verteilungskonflikten, die sich in Preissteigerungen entladen müssen. Wenn die monetäre Akkommodation der inflationären Entwicklung ausbleibt – und angesichts der Tatsache, daß sich die Inflation in einer solchen Situation progressiv verschärfen würde, *müßte* die Akkommodation früher oder später ausbleiben –, steigt die Arbeitslosenquote an, bis die Verteilungsansprüche im Gleichgewicht A auf ein erfüllbares Maß zurückgedrängt sind. Die Arbeitslosenquote, bei der sich das Gleichgewicht einstellt, ist die NAIU. Es zeigt sich, daß dieselben Faktoren, die im Modell der „mark-up“-Inflation die Inflationsrate bestimmen, hier als Determinanten der NAIU auftreten.

Ein wesentlicher Aspekt dieser Erklärung der NAIU ist, daß die Arbeitslosigkeit nicht auf zu hohe Reallöhne zurückgeführt wird, sondern auf zu hohe Reallohnansprüche. Wie im Modell der „mark-up“-Inflation nimmt die Lohnpolitik, verkörpert durch den Aktionsparameter  $\bar{v}$ , keinen unmittelbaren Einfluß auf das Reallohn-niveau. Somit wird deutlich, daß der Beitrag, den eine zurückhaltende Lohnpolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten kann, nicht auf einer Senkung der Reallöhne beruht, sondern darauf, daß die Nachfragepolitik mehr Spielraum für eine inflationsfreie Expansion erhält. Natürlich hängt diese starke Implikation

des Modells am horizontal angenommenen Verlauf der  $(w/p)$ -Kurve in Abb. 1. Nichts in der Logik des Arguments verbietet einen ansteigenden Verlauf dieser Kurve, in welchem Fall eine negative Assoziation zwischen Beschäftigungsgrad und Reallohnniveau impliziert ist. Aber selbst dann ist der hohe Reallohn – wie ja schon bei Keynes – nicht Ursache der Unterbeschäftigung, sondern höchstens Mit-Konsequenz der unterbeschäftigungsverursachenden Faktoren (vgl. Solow 1986). Daß der Reallohn mit zunehmender Beschäftigung sinken muß, wird gewöhnlich mit abnehmenden Grenzerträgen der Arbeit bei vorgegebenem Kapitalstock begründet. In Abschnitt 3 werden wir sehen, daß diese Begründung in einer längerfristigen Betrachtung, d. h. bei endogen bestimmtem Kapitalstock, nicht mehr unbedingt gültig ist.

Das Modell zeigt, wie die Verhaltensweisen der gesellschaftlichen Gruppen und der wirtschaftspolitischen Instanzen bei der Verursachung der Arbeitslosigkeit zusammenwirken. Einerseits „benutzen“ die Träger der Nachfragesteuerung die Arbeitslosigkeit, um das Preisniveau unter Kontrolle zu halten, und andererseits hängt vom Anspruchsverhalten der Gruppen ab, wieviel Arbeitslosigkeit hierfür erforderlich ist. Man kann sich leicht ausmalen, wie unter diesen Voraussetzungen eine Patt-Situation entsteht, in der jeder dem anderen die Verantwortung für die Arbeitsmarktmisere zuschiebt und vom anderen ein Nachgeben fordert. Diese Patt-Situation ist nach Auffassung des Verfassers besonders für die aktuelle beschäftigungspolitische Diskussion in Deutschland charakteristisch. Als im Frühsommer 1988 die ZEIT eine Artikelserie über die Arbeitslosigkeit veröffentlichte, bekam der Leser in kurzer Abfolge die nachstehenden, scheinbar völlig widersprüchlichen, autoritativen Meinungen verabreicht: „Zuviel Lohn macht arbeitslos – Arbeitgeber und Gewerkschaften sind für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich“ (C. C. von Weizsäcker, 10. Juni 1988); „In der Bundesrepublik fehlt es an Binnennachfrage“ (H.-J. Krupp, 17. Juni 1988); „Hohe Renditeansprüche verhindern den Abbau der Arbeitslosigkeit“ (R. Hickel, 24. Juni 1988); „Vollbeschäftigung kostet Geld – Der Staat sollte zusätzliche Arbeitsplätze subventionieren“ (F. Scharpf, 1. Juli 1988).

Wie unser obiges Modell zeigt, spielt es beschäftigungspolitisch keine Rolle, *wer* einen Verteilungsverzicht leistet, sondern *daß* ihn jemand leistet. Ob die  $(w/p)$ -Kurve durch sinkende Renditeansprüche der Unternehmer oder durch Subventionen des Staates nach oben verschoben wird, oder ob die  $\bar{v}$ -Kurve durch Lohnzurückhaltung nach unten verschoben wird: Die Beschäftigungszunahme ist allemal dieselbe, nur die Einkommensverteilung nicht. Aber der lähmende Streit um die Verteilung des Kuchens verhindert, daß ein größerer gebacken werden kann. Besonders festgefahren ist die Situation heute deshalb, weil die Arbeitnehmerseite angesichts der schon seit geraumer Zeit deutlich rückläufigen Lohnquote glaubt, daß sie ihr Teil zu einer kooperativen Lösung beigesteuert habe, und daß es nun an der Geld- und Finanzpolitik liege, die Lohnzurückhaltung mit einer expansiveren Einstellung zu honorieren. Wie wir in Abschnitt 3 argumentieren werden, ist diese Sicht der Dinge schief, weil sie – mit Abb. 1 gesprochen – die von der steigenden Arbeitslosigkeit erzwungene Wanderung entlang der  $\bar{v}$ -Kurve nach unten mit einer Verschiebung der Kurve selbst verwechselt. Mit anderen Worten: Das Problem liegt nicht darin, daß die Lohnzurückhaltung ungenügend honoriert

worden ist, sondern daß es einer so hohen Arbeitslosigkeit bedurfte, bis sie überhaupt zustandekam.

Es fällt mit dem hier entwickelten Modell nicht schwer zu erklären, was sich in den 70er Jahren abgespielt hat: Das gewohnte Wachstum des Verteilungsspielraumes hat just in dem Moment aufgehört, als die Ansprüche – vor allem im Rahmen der großen Lohnoffensive der Jahre 1968–1974 – sprunghaft anstiegen. Hauptursache der verlangsamten Expansion des Verteilungsspielraumes waren auf die Dauer wohl weniger die so oft beschworenen Ölpreisschocks als die rasch zunehmende steuerliche Belastung von Produktion und Konsum sowie der immer noch nicht schlüssig erklärte Knick im Wachstum der totalen Faktorproduktivität. Hätten sich diese ungünstigen Entwicklungen rasch und in vollem Umfang in den Lohnansprüchen niedergeschlagen, so hätten keine negativen Rückwirkungen auf die Beschäftigung eintreten müssen. Alle Evidenz spricht jedoch dafür, daß die durchgesetzten Nominallohnerhöhungen nur unterproportional bzw. mit großer Verzögerung auf die Änderung im Wachstum der Verteilungsmasse reagierten (vgl. z. B. Sachs 1987 und Franz 1984, 1987). Die Folge war, daß eine Verlangsamung des Einkommenswachstums die Verteilungskonflikte verschärfte und mithin die NAIRU erhöhte. Absolut kein Trost ist es da, wenn das abgeschwächte Produktivitätswachstum mitunter euphemistisch als „höhere Beschäftigungswirksamkeit des Wirtschaftswachstums“ umschrieben wird. Daß jedes gegebene Outputwachstum heute mit einem vergleichsweise hohen Beschäftigungswachstum einhergeht, ist entgegen der jüngst auch von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1987/88 geäußerten Meinung eben gerade nicht als „aus arbeitsmarktpolitischer Sicht günstig“ (S. 72) zu beurteilen, solange der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht am fehlenden Wachstumspotential scheitert, sondern – wie wir hier argumentieren – an der Schwierigkeit, das vorhandene Potential inflationsfrei zu nutzen.

Die leicht identifizierbaren Angebots-Schocks der 70er Jahre haben sich in den 80er Jahren nicht wiederholt. Im Gegenteil: Die internationalen Rohstoffpreise sind gefallen und haben damit wesentlich dazu beigetragen, daß der bis 1985 andauernde Höhenflug des US-Dollar auf den Devisenmärkten die Terms of Trade der europäischen Länder nur unwesentlich in Mitleidenschaft zog; die Lohnpolitik verfolgte keine aggressiven Umverteilungsziele mehr; die Abgabenbelastung stieg nicht weiter an; und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems sowie der Kündigungsschutzbestimmungen, die für die Beschäftigten das mit hohen Lohnforderungen verbundene Arbeitsplatzrisiko vermindert hatten, setzte sich nicht fort. Diese Beobachtungen haben zu einigen Zweifeln an der Erklärungskraft des NAIRU-Modells für die 80er Jahre Anlaß gegeben. Es begann die Suche nach Alternativen, nach einem Weg „über die Hypothese der natürlichen Arbeitslosigkeit hinaus“ (Blanchard/Summers 1988).

Besondere Popularität hat unter den neueren Erklärungsmodellen die sog. *Hysteresis-Hypothese* erlangt, die das Konzept der NAIRU zwar nicht über Bord wirft, diese aber in Abhängigkeit vom vorausgegangenen Verlauf der tatsächlichen Arbeitslosigkeit sieht. Der Gedanke ist naheliegend: Wenn die NAIRU nach einer schweren Rezession offenkundig zugenommen hat, könnte sie nicht *wegen* der schweren Rezession zugenommen haben? Natürlich vermischt sich dadurch die von Friedman ursprünglich intendierte Trennung zwischen zyklisch-monetären

und strukturell-realen Determinanten der Beschäftigungsentwicklung. Das Argument läuft darauf hinaus, daß der disziplinierende Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Lohnpolitik geschwächt wird, wenn die Arbeitslosenquote längere Zeit auf hohem Niveau verharret, und daß infolgedessen die NAIRU selbst ansteigt. Ein solcher Effekt läßt sich entweder dadurch begründen, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften im wesentlichen die Interessen der im Beschäftigungssystem verbliebenen „Insider“ und nicht diejenigen der arbeitslos gewordenen „Outsider“ reflektiert (Blanchard/Summers 1986), oder aber dadurch, daß der lohndämpfende Einfluß der Arbeitslosen mit zunehmender Dauer ihres Schicksals abnimmt (Layard/Nickell 1986; Franz 1987).

Die theoretischen und empirischen Grundlagen der Hysteresis-Hypothese sind zur Zeit Gegenstand einer lebhaften Diskussion, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.<sup>7</sup> Ob die Hypothese die Aura der „post-hoc-ergo-propter-hoc“-Argumentation einmal wird ablegen können, und ob die großen internationalen Unterschiede der Arbeitsmarktentwicklung mit unterschiedlichen Graden der Hysteresis wirklich erklärt werden können, muß vorderhand wohl noch als offen bezeichnet werden.<sup>8</sup> Wenn nun im folgenden mit der Zinsentwicklung und der Kapitalbildung ganz andere Faktoren in den Vordergrund gerückt werden, so ist dies jedenfalls nicht als vorweggenommene Antwort auf diese Frage aufzufassen – zumal die beiden Perspektiven keineswegs in einem widersprüchlichen, sondern in einem durchaus komplementären Verhältnis zueinander stehen.

### 3 Zins, Lohn und Beschäftigung in einer offenen Volkswirtschaft

Zu den Mechanismen, auf die zur Begründung des Hysteresis-Phänomens gerne verwiesen wird, gehört auch die Dynamik der Kapitalakkumulation. Kommt es in einer Konjunkturkrise zu einem Einbruch der Investitionstätigkeit, so lautet das Argument, geht die Volkswirtschaft mit einem zu geringen Kapitalstock in den Aufschwung und erreicht deshalb nicht den gleich hohen Pfad des Potentialwachstums, wie dies ohne vorangegangene Rezession möglich gewesen wäre. Dies ist ein Effekt, der in der Konjunktur- und Wachstumstheorie in vielerlei Gestalt anzutreffen ist. Tobin (z. B. 1987) führt ihn als Argument für die mögliche langfristige Nicht-Neutralität monetärer Störungen an, Lucas (1975) benutzt ihn im Rahmen seines Gleichgewichtsansatzes ebenfalls zur Erklärung von Persistenzmustern in der Outputentwicklung, und neuerdings soll er nun eben erklären helfen, warum eine Rezession zu einer dauerhaften Beeinträchtigung des Verteilungsspielraumes und damit zu einem Anstieg der NAIRU führt. Ein Einwand ist allerdings anzubringen: Solange wir bereit sind, die Logik der modernen Investitionstheorie zu akzeptieren und das Investitionsverhalten als das Resultat einer von den Unternehmungen angestrebten optimalen Anpassung an einen optimalen Kapitalbestand zu interpretieren, ist eine permanente Beeinträchtigung des

<sup>7</sup> Einen guten Überblick über verschiedene Aspekte der Diskussion vermittelt der Sammelband von Cross (1988).

<sup>8</sup> Zu einiger Skepsis in bezug auf die zweite dieser Fragestellungen geben die Resultate von Alogoskoufis/Manning (1988a, b) Anlaß.

Produktionspotentials durch eine Rezession nur denkbar, wenn sich etwas an den fundamentalen Bestimmungsgrößen des optimalen Kapitalbestandes ändert. Ist dies nicht der Fall, so kann es bei sonst unveränderten Rahmenbedingungen höchstens zu einer – möglicherweise zwar sehr ausgedehnten – Verzögerung kommen, bis der vorherige „steady state“ wieder erreicht ist. Ob ein ausgedehnter Anpassungslag von einer permanenten Änderung der Gleichgewichtslage operationell unterschieden werden kann,<sup>9</sup> läßt sich zwar mit Fug bezweifeln. Aber das ist hier nicht der Punkt. Der Punkt ist vielmehr, daß die oben in Tabelle 2 dokumentierte, seit Beginn der 80er Jahre andauernde Hochzinsphase die von den Unternehmungen angestrebte Faktorkombination nachhaltig beeinflußt haben dürfte – besonders wenn man bedenkt, daß das Realzinsniveau zuvor durch eine lockere Geldpolitik künstlich zu tief gehalten worden war.

Um uns auf möglichst einfache Art und Weise ein Bild davon zu verschaffen, welche Anpassungsprozesse hierdurch in Gang gesetzt worden sind, und welche Konsequenzen sich für die oben geschilderten Zusammenhänge zwischen Verteilung und Beschäftigung ergeben, ist es zweckmäßig, auf ein Denkinstrument zurückzugreifen, das speziell auf die Analyse längerfristiger Substitutionsprozesse hin angelegt ist: Solows (1956) neoklassisches Ein-Sektoren-Wachstumsmodell. Damit das Modell auf unsere Fragestellung anwendbar wird, sind zwei Modifikationen erforderlich. Erstens muß es auf eine offene Volkswirtschaft übertragen werden, deren reales Zinsniveau nicht endogen durch Wachstumsrate, Ersparnis und Kapitalproduktivität, sondern exogen durch den Weltmarkt bestimmt wird.<sup>10</sup> Zweitens ersetzen wir die Voraussetzung des vollkommen flexiblen Lohnes und der permanenten Vollbeschäftigung durch das im vorhergehenden Abschnitt entwickelte Modell des Beschäftigungsgrades.

Ausgangspunkt ist die übliche substitutionale und linear-homogene Produktionsfunktion, die den Output  $Q$  zum Kapitalinput  $K$  und zur Beschäftigung  $N$  in Beziehung setzt:

$$Q = \Phi(K, N), \quad \Phi_1, \Phi_2 > 0, \quad \Phi_{11}, \Phi_{22} < 0 \quad (9)$$

In Pro-Kopf-Schreibweise bringt die Funktion die Abhängigkeit der Arbeitsproduktivität  $q$  ( $\equiv Q/N$ ) von der Kapitalintensität  $k$  ( $\equiv K/N$ ) zum Ausdruck:

$$q = \varphi(k), \quad \varphi' = \Phi_1 > 0; \quad \varphi'' = \Phi_{22} < 0 \quad (10)$$

Die Beschäftigung  $N$  wächst bei konstanter (noch zu bestimmender) Arbeitslosenquote  $u$  mit derselben exogenen Rate  $g$  wie das Arbeitsangebot  $\bar{N}$ . Die Bestimmung des Wachstumsgleichgewichtes ist in Abb. 2 illustriert. Würde es sich um eine geschlossene Volkswirtschaft handeln, so ließen sich  $k$  und  $q$  aus der Gleichge-

<sup>9</sup> Nur im letzteren Fall liegt wahre „Hysteresis“ vor, andernfalls nur „Persistenz“; vgl. Franz (1987).

<sup>10</sup> Diese Prämisse erfordert im Grunde genommen natürlich eine kleine offene Volkswirtschaft, ist also für ein Aggregat wie „Europa“ gewiß nicht sehr realistisch. Aber selbst wenn sich das Zinsniveau in wechselseitiger Abhängigkeit zwischen In- und Ausland bildet (wie z. B. bei Landmann 1988), bleiben die im folgenden abgeleiteten Ergebnisse für einen Zinsanstieg, der seinen Ursprung im Ausland hat, zumindest dem Vorzeichen nach erhalten.

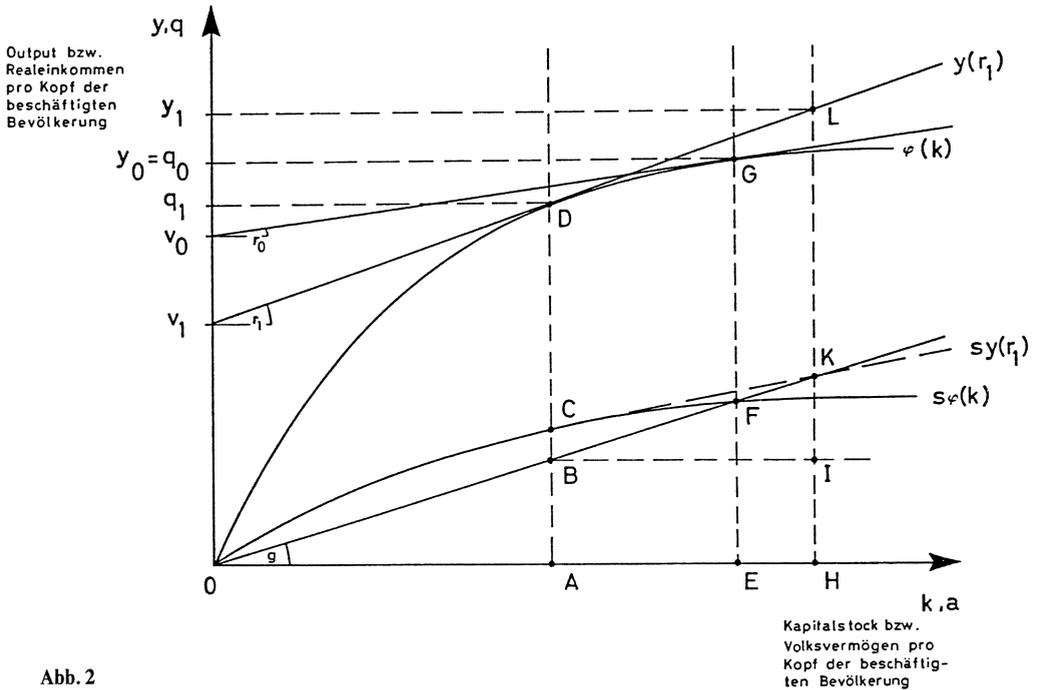


Abb. 2

wichtsbedingung ableiten, daß Arbeits- und Kapitalinput mit derselben Rate  $g$  wachsen müssen.<sup>11</sup> Mit  $s$  als Sparquote lautet diese Bedingung  $s\varphi(k) = gk$  und ist in Punkt F erfüllt. Entsprechend beträgt die Kapitalintensität  $0E$ , die Pro-Kopf-Produktion  $EG$  ( $\equiv q_0$ ) und die Spar- bzw. Investitionsquote  $EF/EG$ . Die Produktionsfaktoren werden mit ihren endogen bestimmten Grenzproduktivitäten entlohnt, die in Abb. 2 durch  $r_0$  (Proftrate) und  $v_0$  (Reallohn) gekennzeichnet sind. So weit ist alles wie im Lehrbuch.

Jetzt wollen wir jedoch annehmen, es handle sich um eine offene Volkswirtschaft. Solange der Realzins, mit dem die Volkswirtschaft auf dem Weltkapitalmarkt konfrontiert ist, gerade auch  $r_0$  beträgt, ändert sich an der steady-state-Gleichgewichtslösung nichts. Nun steige aber der Weltmarktinzins auf  $r_1$ . Welche Anpassungsprozesse hieraus resultieren, wird klar, wenn wir die Eigenschaften des neuen steady-state-Gleichgewichts studieren. Offensichtlich muß die Kapitalintensität von  $0E$  auf  $0A$  zurückgehen, da nur Kapital im Inland verbleibt, das eine Rentabilität von  $r_1$  erreicht. Entsprechend sinkt die Pro-Kopf-Produktion auf  $q_1$ . Für eine Volkswirtschaft, die zuvor nicht Nettokapitalimporteur war, braucht das allerdings kein Unglück zu sein. Im Gegenteil: Das Pro-Kopf-Einkommen  $y$  steigt, da die ins Ausland transferierten Ersparnisse dort ja annahmegemäß mehr Ertrag

<sup>11</sup> Der technische Fortschritt ist zur Vereinfachung der Erläuterungen nicht explizit berücksichtigt. Aber die Wachstumsrate  $g$  ließe sich ohne weiteres auch als Beschäftigungswachstum zuzüglich eines Harrod-neutralen technischen Fortschritts interpretieren. Entsprechend würde  $N$  dann den in Effizienzeinheiten gemessenen Arbeitsinput bezeichnen.

abwerfen als bei einer investiven Verwendung im Inland. Dieser Einkommenszuwachs wird in Abb. 2 durch die vertikale Distanz zwischen  $y(r_1)$  und  $\varphi(k)$  gemessen. Denn jedes über  $0A$  hinaus gebildete und im Ausland angelegte Vermögen bringt einen konstanten marginalen Einkommenszuwachs von  $r_1$ , während die Grenzproduktivität zusätzlichen Inlandskapitals nach Maßgabe der Produktionsfunktion immer weiter unter  $r_1$  fällt.

Die Ersparnis ist plausiblerweise eine Funktion des Realeinkommens und nicht der Inlandsproduktion, so daß die Pro-Kopf-Sparfunktion durch  $s_y(r_1)$  gegeben ist. Das neue Gleichgewicht der Vermögensakkumulation erfüllt die Bedingung, daß das Pro-Kopf-Vermögen  $a$  konstant bleibt ( $ga = sy$ ), was in Abb. 2 in Punkt  $K$  der Fall ist.<sup>12</sup> So zeigt sich: Die Pro-Kopf-Ersparnis steigt von  $EF$  auf  $HK$ , und das Pro-Kopf-Vermögen steigt von  $0E$  auf  $0H$ , wovon  $0A$  im Inland und  $AH$  im Ausland investiert ist. Das Pro-Kopf-Einkommen steigt von  $y_0 (= EG)$  auf  $y_1 (= HL)$ . Die Inlandsinvestition, die pro Kopf erforderlich ist, um eine gegebene Kapitalintensität  $k$  aufrechtzuerhalten, ist  $gk$ , geht also von  $EF$  auf  $AB$  zurück. Auch die Investitionsquote, d. h. der in die inländische Kapitalbildung fließende Anteil der Inlandsproduktion, sinkt beim Übergang zwischen dem alten und dem neuen Gleichgewicht: von  $s = EF/EG = AC/AD$  auf  $AB/AD$ . Aus dem Anstieg der Ersparnis und dem Rückgang der Investition resultiert ein Sparüberhang im Ausmaß von  $IK$ , der als Kapitalexport ins Ausland abfließt. Dieser laufende Kapitalexport, der natürlich mit einem entsprechenden Leistungsbilanzüberschuß einhergeht, sorgt dafür, daß das Auslandsvermögen der Volkswirtschaft im steady state mit derselben Rate wächst wie der Kapitalstock und somit die Struktur des Gesamtvermögens stabil bleibt.

Was bedeutet all dies nun für die Beschäftigung? Führt der Kapitalexport zu einem Kapitalmangel im Inland und kostet damit, wie so oft behauptet wird, Arbeitsplätze? Oder ist es nicht umgekehrt so, daß die zunehmende Arbeitsintensität der Produktion neue Beschäftigungs-Chancen eröffnet, indem die zuvor vom niedrigen Zinsniveau ausgehenden Rationalisierungsanreize wegfallen? Die Beantwortung dieser Frage hat von der Tatsache auszugehen, daß die oben geschilderte Anpassung an einen höheren Weltmarktzins eine Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zuungunsten des Faktors Arbeit mit sich bringt. Während das Pro-Kopf-Einkommen insgesamt dank dem Ertrag der Auslandsinvestitionen von  $y_0$  auf  $y_1$  zunimmt, sinkt der den Arbeitnehmern zufließende Anteil dieses Einkommens, der Reallohn, von  $v_0$  auf  $v_1$ . Die Kapitalisten kassieren also nicht nur den gesamten Einkommenszuwachs ( $y_1 - y_0$ ), sondern zweigen auch gleich noch einen Teil des bisherigen Arbeitnehmereinkommens für sich ab ( $v_0 - v_1$ ). Der wesentliche Punkt ist, daß der Reallohn sinken muß – Reallohnresistenz der Arbeitnehmer hin oder her. Denn in der Beziehung zwischen Kapitalintensität, Reallohn und Profitrate ist nur ein einziger Freiheitsgrad. Und mit der Anpassung der Profitrate an das internationale Realzinsniveau ist dieser Freiheitsgrad aufgebraucht. Ein Spielraum für die Festlegung der Kapitalintensität und des Reallohns besteht nicht mehr.

<sup>12</sup> Bedingung für die Stabilität des Gleichgewichts ist offenbar, daß die Wachstumsrate der Volkswirtschaft das Produkt von Sparquote und Zinssatz übersteigt ( $g > sr$ ).

Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, was geschähe, wenn die Arbeitnehmer ihren Einkommensstandard erfolgreich verteidigen würden. Die gestiegenen Renditeansprüche der Kapitaleigner würden sich bei konstant gebliebenem Reallohn nicht befriedigen lassen – die von der Faktorpreisgrenze gesetzte Beschränkung kann nicht gesprengt werden.<sup>13</sup> Solange der Reallohn höher als  $v_1$  ist, bleibt die Kapitalrentabilität niedriger als  $r_1$ , was die Kapitalisten rasch zur Diagnose veranlassen wird, das Inland habe seine internationale Wettbewerbsfähigkeit als Produktionsstandort eingebüßt. Das Kapital wandert ab, und da sich bei noch niedrigerer Kapitalintensität die inkompatiblen Einkommensansprüche erst recht nicht befriedigen lassen, wandern die Arbeitsplätze mit ab. Ein kumulativer Prozeß der Desinvestition, des Beschäftigungsabbaus und des Produktionsrückgangs setzt ein, der erst zum Stillstand kommt, wenn die Produktion ganz zum Erliegen gekommen ist<sup>14</sup> (vgl. Carlberg 1986, Abschnitt V) oder die Reallohnansprüche der Arbeitnehmer unter dem Druck der Verhältnisse auf  $v_1$  zurückgegangen sind.

Zweck des vorangegangenen Gedankenexperiments war, die Unausweichlichkeit der Reallohnsenkung deutlich zu machen. Wie schon in unserem Modell der NAIRU in Abschnitt 2 bestimmt das Anspruchsverhalten der Arbeitnehmer nicht den Reallohn, sondern nur das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, das erforderlich ist, damit sich die Arbeitnehmer mit der von den Verhältnissen diktierten Einkommensverteilung abfinden. Die Logik der im Rahmen von Abb. 2 diskutierten Zusammenhänge wird von den daraus resultierenden Beschäftigungsfolgen nicht berührt, da es dort ja nur um die *Relation* zwischen Arbeit, Kapital und Output ging. Auf welchem absoluten *Niveau* diese Relationen zustandekommen, hängt vom Anspruchsverhalten der Arbeitnehmer ab.

Die beiden Graphiken in Abb. 3 illustrieren diesen Punkt, indem sie die bis jetzt gewonnenen Einsichten miteinander verknüpfen und die Konsequenzen für die Niveaulage der Wachstumspfade von Output, Beschäftigung und Kapitalstock sichtbar machen. Der obere Quadrant (3a) schließt horizontal an Abb. 2 an und übernimmt von dort die beiden Reallohnwerte  $v_0$  und  $v_1$ , die mit den alternativen Kapitalrenditen  $r_0$  bzw.  $r_1$  assoziiert sind. Die gekrümmte  $\bar{v}$ -Kurve bildet das Anspruchsverhalten der Arbeitnehmer ab und ist direkt aus Abb. 1 übernommen, verläuft hier allerdings spiegelbildlich, weil auf der Abszisse anstelle der Arbeitslosenquote  $u$  der Beschäftigungsgrad  $(1 - u)$  abgetragen ist. Unser erstes Ergebnis ist, daß die durch den Realzinsanstieg bedingte Senkung des erreichbaren Reallohns die NAIRU von  $u_0$  auf  $u_1$  erhöht. Dieser Rückgang des Beschäftigungsgrades bleibt nun, wie der untere Quadrant zeigt, nicht ohne Rückwirkungen auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmer. Abgebildet ist in Abb. 3b ein Isoquantenschema, das sich von der üblichen Darstellung nur dadurch unterscheidet, daß die eingesetzten Mengen an Arbeit und Kapital nicht absolut, sondern

<sup>13</sup> Abbildung 2 macht deutlich, warum nicht: Ein von  $v_0$  ausgehender Strahl mit Steigung  $r_1$  hätte keinen Punkt mit dem von  $\phi(k)$  abgegrenzten Produktionsmöglichkeitsraum gemeinsam.

<sup>14</sup> Daß der kumulative Prozeß bei völliger Reallohnstarrheit erst beim Nullpunkt zum Stillstand kommt, folgt aus der Annahme konstanter Skalenerträge. Bei abnehmenden Skalenerträgen würde ein neues Gleichgewicht auf niedrigerem, aber positivem Niveau der wirtschaftlichen Aktivität erreicht.

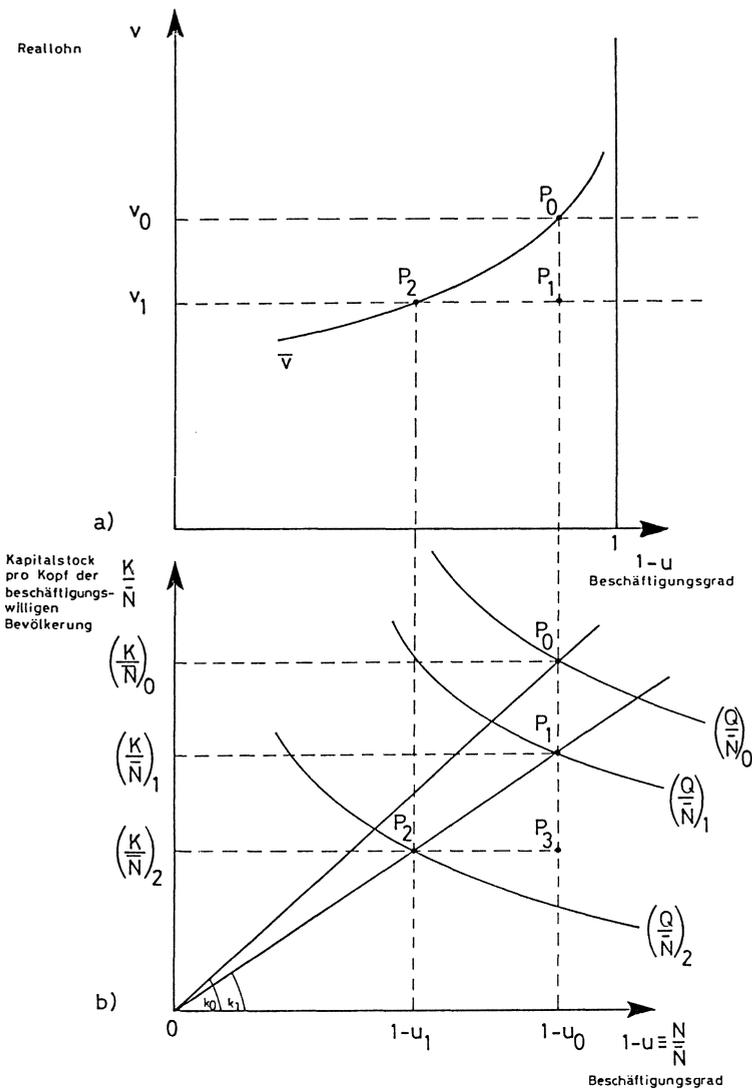


Abb. 3

relativ zum Arbeitsangebot gemessen sind, das seinerseits unabhängig vom Reallohn mit der exogenen Rate  $g$  wächst.<sup>15</sup> Dies hat zur Folge, daß auf der Abszisse wie im oberen Quadranten der Beschäftigungsgrad abgetragen werden kann, und daß auch die Isoquanten nicht einen gegebenen Output, sondern eine gegebene Niveaulage des Outputwachstumspfades – relativ zum Wachstumspfad

<sup>15</sup> Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß bei Berücksichtigung des technischen Fortschritts (als einer Komponente von  $g$ ) Arbeitsangebot und Beschäftigung als in Effizienzeinheiten ausgedrückt zu interpretieren wären.

des Arbeitsangebots – verkörpern. Diese Niveaulage ist nichts anderes als die Arbeitsproduktivität, multipliziert mit dem Beschäftigungsgrad, und läßt sich aus Gleichung (9) wie folgt ableiten:

$$\frac{Q}{\bar{N}} \equiv \frac{Q}{N} \cdot \frac{N}{\bar{N}} = \Phi \left[ \frac{K}{\bar{N}}, \frac{N}{\bar{N}} \right] \quad (11)$$

Die Argumente von  $\Phi$  in (11) sind in Abb. 3b entlang den Achsen abgetragen. Die Kapitalintensität  $k$  ist wie üblich an der Steigung eines Strahls durch den Ursprung abzulesen. Besondere Vorsicht ist jetzt beim Umgang mit Pro-Kopf-Größen erforderlich. Die Pro-Kopf-Größen auf den Achsen von Abb. 2,  $q$  und  $k$ , messen den Output und den Kapitalstock im Verhältnis zur Beschäftigung. Die Bezugsgröße der Pro-Kopf-Größen in Abb. 3 ist demgegenüber das Arbeitsangebot – eine Unterscheidung, die bei variablem Beschäftigungsgrad natürlich zentral ist.

Den Ausgangspunkt unserer Überlegungen bildet in Abb. 3b Punkt  $P_0$ , wo bei einer Arbeitslosenquote  $u_0$  und einer Kapitalintensität  $k_0$  ( $=0E$  in Abb. 2) die Niveaulage des Outputwachstumspfades durch  $(Q/\bar{N})_0$  gegeben ist. Nun steige der Realzins exogen an. Aus Abb. 2 wissen wir, daß die Kapitalintensität dadurch sinken muß (von  $k_0$  auf  $k_1$  in Abb. 3b bzw. von  $0E$  auf  $0A$  in Abb. 2). Es kommt in Abb. 3b somit zu einer Konstellation entlang dem Strahl  $0P_2P_1$ . Die Frage ist nur noch, wo auf dem Strahl sich die neue Niveaulage einstellt. Auch wenn die Unternehmungen ihren Kapitalstock (relativ zum Arbeitsangebot  $\bar{N}$ ) senken, ist damit nicht zwangsläufig ein Verlust von Arbeitsplätzen verbunden. Wenn sich der Reallohn flexibel an die niedrigere Kapitalintensität der Produktion anpaßt, kommt es zu einem neuen Gleichgewicht in Punkt  $P_1$  (Abb. 3a und 3b) bei niedrigerem Reallohn sowie bei niedrigerer Niveaulage des Outputwachstums und der Kapitalakkumulation, aber bei unverändertem Beschäftigungsgrad.

Wenn sich die Arbeitnehmer jedoch gegen die Lohnsenkung zur Wehr setzen, kommt es zu einer weiteren Absenkung der Niveaulage, die nun auch den Beschäftigungsgrad in Mitleidenschaft zieht. Solange die Lohnansprüche  $\bar{v}$  den neuen Gleichgewichtslohn übersteigen, sinkt die Beschäftigung. Wesentlich ist dabei folgender Punkt: Obwohl dem Beschäftigungsrückgang die typische Ursachenkonstellation „klassischer“ Arbeitslosigkeit (im Sinne von Malinvaud 1977) zugrundeliegt – Reallohnresistenz bei rückläufiger Grenzproduktivität der Arbeit –, ist das auslösende Moment nicht unbedingt eine Diskrepanz zwischen effektiven Lohnkosten und Arbeitsproduktivität. In Abschnitt 2 haben wir ja gesehen, wie die Unternehmer durch Überwälzung den Reallohn auf den erforderlichen Wert drücken können. Das Modell läßt also nicht erwarten, daß die empirische Forschung in einer solchen Situation eine bedeutende „Lohnlücke“ („wage gap“ im Sinne von Bruno/Sachs 1985) finden würde.<sup>16</sup> Vielmehr sinkt die Beschäftigung, weil die Diskrepanz zwischen  $\bar{v}$  und  $v_0$  eine inflationäre Spannung erzeugt, welche die Nachfragepolitik zur Restriktion zwingt. Aus Studien, die,

<sup>16</sup> Gordon (1987) analysiert die Arbeitslosigkeit in 11 europäischen Ländern und findet keine Evidenz für überhöhte Reallöhne.

angeregt von Malinvauds (1977) Kasuistik, zwischen „klassischer“ und „keynesianischer“ Arbeitslosigkeit zu diskriminieren versuchen und – wie jüngst Coen/Hickman (1987) – zum nicht überraschenden Ergebnis kommen, daß der Löwenanteil der aktuellen Unterbeschäftigung auf Nachfragemangel zurückzuführen ist, können daher keine sehr weitreichenden Schlüsse gezogen werden.

Ein weiterer erwähnenswerter Aspekt des Kontraktionsprozesses ist, daß sich mit dem Beschäftigungsrückgang auch die Kapitalausstattung der Volkswirtschaft verringert, weil die Unternehmungen ja nicht daran interessiert sind, daß die sinkende Beschäftigung die Kapitalintensität der Produktion über den optimalen Wert  $k_1$  hinaus anhebt. Sie werden daher ihre Investitionspläne entsprechend nach unten revidieren. Der Wachstumspfad des Kapitalstocks wird hierdurch noch unter die an sich schon niedrigere Niveaulage  $(K/\bar{N})_1$  abgesenkt, die sich bei gleichbleibendem Beschäftigungsgrad im Punkt  $P_1$  ergeben hätte. Der Beschäftigungsrückgang kommt im Punkt  $P_2$  zum Stillstand, wo die Bedingung  $v_0 = \bar{v}$  erfüllt ist. Gegenüber Punkt  $P_1$  sind Output und Kapitalstock proportional zum Beschäftigungsgrad zurückgegangen. Die Reallohnresistenz der Arbeitnehmer hat somit den Outputwachstumspfad der Volkswirtschaft weiter nach unten gedrückt, als aufgrund des Produktivitätsrückganges erforderlich gewesen wäre. Das Realeinkommen der Volkswirtschaft, das neben der inländischen Produktion auch den Ertrag der Auslandsinvestitionen einschließt, und das – wie wir anhand von Abb. 2 gesehen haben – pro Kopf der beschäftigten Bevölkerung ( $\bar{N}$ ) zugenommen haben muß, kann pro Kopf der Gesamtbevölkerung ( $\bar{N}$ ) ohne weiteres gesunken sein. Es braucht plausiblerweise nicht viel, bis der aufgrund der sinkenden Inlandsbeschäftigung entstehende Einkommensverlust den Einkommenszuwachs aus den lukrativen Auslandsanlagen überkompensiert hat.

Und ein letzter Punkt: Im neuen steady-state-Wachstumsgleichgewicht in Punkt  $P_2$  hat sich der Kapitalstock vollständig an den niedrigeren Beschäftigungsgrad angepaßt und liegt u. U. weit unter dem Niveau, das beim vorherigen Beschäftigungsstand  $(1 - u_0)$  gerechtfertigt gewesen wäre. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, aber die Sachkapazitäten sind normal ausgelastet. In dieser Situation liegt die Diagnose der Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit sehr nahe. Denn bei der jetzigen Kapitalausstattung  $(K/\bar{N})_2$  ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, den höheren Beschäftigungsgrad  $(1 - u_0)$  wieder zu erreichen. Kurzfristig könnte eine expansive Beschäftigungspolitik höchstens Punkt  $P_3$  (in Abb. 3b) erreichen, was insbesondere bei kurzfristig beschränkten Substitutionsmöglichkeiten eine unzumutbare Reallohnsenkung (je nachdem weit unter  $v_1$ ) bedeuten oder schlimmstenfalls sogar an physisch nicht vorhandenen Arbeitsplätzen scheitern würde.<sup>17</sup> Erst über die Zeit hinweg, wenn eine längere Phase überdurchschnittlicher Investitionstätigkeit den Kapitalstock wieder auf den höheren Wachstumspfad  $(K/\bar{N})_1$  gehoben hat, können die Arbeitnehmer in Punkt  $P_1$  wieder das gleichgewichtige Reallohnniveau  $v_1$  erreichen.

---

<sup>17</sup> Das ist die Problematik, die Blanchard et al. (1986) in ihrer Figur 2, S. 109, visualisiert haben.

#### 4 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Zwischen 1979 und 1986 hat sich die mittlere Arbeitslosenquote der Europäischen Gemeinschaft von 5,5% auf 12,0% mehr als verdoppelt, nachdem sie sich schon über die 70er Jahre hinweg beinahe verdreifacht hatte. Die Mehrzahl der empirischen Untersuchungen über Europas Arbeitsmärkte führt zum Schluß, daß diese Entwicklung überwiegend auf einen Anstieg der NAIRU, also der gleichgewichtigen (oder „natürlichen“) Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist und daher durch traditionell-keynesianische Nachfrageexpansion nicht – oder jedenfalls nicht ohne Wiederbeschleunigung der Inflation – rückgängig gemacht werden kann. Mit Änderungen in denjenigen strukturellen, friktionellen und demographischen Arbeitsmarktbedingungen, die Milton Friedman seinerzeit als Bestimmungsfaktoren seiner „natürlichen Arbeitslosenquote“ genannt hatte, ist das Phänomen offenkundig nicht zu erklären. Weiter führt schon ein Erklärungsansatz, der die NAIRU mit der Diskrepanz zwischen den Verteilungsansprüchen der gesellschaftlichen Gruppen und dem tatsächlich vorhandenen Verteilungsspielraum in Zusammenhang bringt. Insbesondere für die 70er Jahre läßt sich zeigen, wie das Zusammentreffen einer aggressiven Lohnpolitik mit der gleichzeitigen Einengung der Verteilungsspielräume durch Ölpreis-Schocks, Wachstumsknick und zunehmende Steuerbelastung einen Anstieg der NAIRU unausweichlich gemacht hat.

Schwieriger ist die Diagnose für die 80er Jahre, in denen angebotsseitige Schocks dieser Art weitgehend ausgeblieben sind. Die gegenwärtig populärste Erklärung sieht Hysteresis am Werk: eine Verschiebung des Arbeitsmarkt-Gleichgewichts als Spätfolge der gravierenden Ungleichgewichte zu Beginn dieses Jahrzehnts. Dieser Aufsatz hat sich demgegenüber auf eine alternative, komplementäre Erklärung konzentriert, die das seit 1980/81 andauernde außergewöhnlich hohe Realzinsniveau und dessen Konsequenzen für die Kapitalbildung in Europa zum Ausgangspunkt nimmt.<sup>18</sup> Die These lautet, daß diese Bedingungskonstellation die Anpassungsfähigkeit der Verteilungsansprüche genauso überfordert hat wie die – vielleicht spektakuläreren – Schocks der 70er Jahre und daher zu einem nochmaligen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat.

Anknüpfend an die Dokumentation der stilisierten Fakten im Einleitungsabschnitt, haben wir in Abschnitt 3 die Interaktion zwischen Kapitalbildung, Reallohnresistenz und Beschäftigung anhand eines simplen Modells studiert, das sich eng an das traditionelle neoklassische Ein-Sektoren-Wachstumsmodell anlehnt. Entsprechende Vorsicht ist geboten, wenn an dieser Stelle der Versuch gewagt werden soll, von den abstrakten steady-state-Eigenschaften des Modells zu einigen praktischen Schlußfolgerungen zu springen. Der Illusion, daß sich die Welt je in einem neoklassischen steady state befände, geben wir uns nicht hin. Vielmehr geht es darum, aus der steady-state-Analyse Aufschluß darüber zu gewinnen, welche Art von Ereignissen welche Art von Anpassungsprozessen auslöst, und die Merkmale dieser Prozesse mit den beobachteten Fakten in Beziehung zu setzen –

<sup>18</sup> Die Konsequenzen des hohen Realzinsniveaus stehen auch im Mittelpunkt der Thesen von Fitoussi/Phelps (1988), bei denen die rückläufige Kapitalbildung allerdings nur einen Teilaspekt darstellt.

ganz im Sinne von Robert Solows (1988, S. 316) eigener rückblickender Einschätzung des von ihm begründeten Paradigmas:

“I hope that growth theory can serve ... as a framework for simple, strong, loosely quantitative propositions about cause and effect in macroeconomics ... (T)he fundamental intellectual need is for a common understanding of medium-run departures from equilibrium growth.”

Dem Ziel, mittelfristige Abweichungen vom Gleichgewichtswachstum zu erklären, kommt die in Abschnitt 3 entwickelte Analyse, die zeigt, wie rigide Verteilungsansprüche im Zuge von Übergangsprozessen zwischen alternativen Wachstumspfaden Beschäftigungsprobleme erzeugen, noch nicht viel näher. Denn weder die Lohn- und Preisdynamik noch die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen, von denen abhängt, wie die Anpassungsprozesse über die Zeit im einzelnen ablaufen, sind modelliert.

Dennoch weist das Modell eine Reihe von Implikationen auf, die Licht auf die Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Stagnation in Europa werfen. Insbesondere aus Arbeitnehmersicht erscheinen diese Begleitumstände zum Teil mysteriös und laden zu allerlei Konspirationstheorien ein. So diagnostiziert etwa Rudolf Hickel (1988) ein Scheitern der „neoklassischen Trugschlußökonomik“, denn angesichts der rückläufigen Lohnquote auch heute noch Arbeitslosigkeit mit zu hohen Löhnen und zu geringer Lohnflexibilität erklären zu wollen, erfordere schon „eine unglaubliche Immunisierung gegenüber den Fakten.“ Das Problem liege vielmehr darin, daß sich die Unternehmer trotz hoher Gewinne und gestiegener Kapitalrendite weigern, im Inland zu investieren, stattdessen verstärkt die Kapitalanlage im Ausland suchen und die im Inland resultierende Massenarbeitslosigkeit als Instrument zur Disziplinierung der Arbeitnehmer und zur Zurückdrängung von deren Verteilungsansprüchen benutzen.

In der Tat sind die zunehmende Arbeitslosigkeit, die steigenden Kapitalrenditen, die abnehmende Investitionsneigung, die steigenden Kapitalexporte und die fallenden Reallöhne genau das, was unser „trugschlußökonomisches“ Wachstumsmodell in einer Epoche global hoher Zinssätze für eine offene Volkswirtschaft erwarten läßt. Die Abkopplung der Investitionsdynamik von der Gewinn- und Renditenentwicklung ist kein Grund, nach einem „neuen Typ der Akkumulation“ (Hickel 1987) zu forschen. Wenn unser Modell die Logik der heutigen Situation richtig beschreibt, ist weiterhin der alte, vom Profit- und Effizienzstreben getriebene Typ der Akkumulation am Werk – geändert hat sich höchstens, daß die Kapitalallokation heute mehr denn je von globalen Kapitalmärkten gesteuert wird.

Betont werden sollte, daß die Unterbeschäftigung nach dieser Sicht der Dinge nicht eine Folge zu hoher Löhne, sondern zu hoher Lohnforderungen ist. Die Arbeitnehmer, die – mit Abb. 3a gesprochen – entlang ihrer  $\bar{v}$ -Kurve nach unten auf das niedrigere Lohnniveau  $v_1$  gedrückt worden sind, mögen sich darüber wundern, warum trotz dieser „Lohnzurückhaltung“ die Arbeitslosigkeit zugenommen statt abgenommen hat. Aber dies ändert an der ursächlichen Rolle ihres Anspruchsverhaltens nichts. Gefragt ist im Interesse einer höheren Beschäftigung nicht eine Disziplinierung entlang der  $\bar{v}$ -Kurve, sondern eine Verschiebung der

$\bar{v}$ -Kurve nach unten.<sup>19</sup> Ein niedrigeres Reallohniveau resultiert hieraus nicht. Im Gegenteil: Unter Rückgriff auf das Argument der „fiscal increasing returns“ (Blanchard/Summers 1987) läßt sich zeigen, daß der den Arbeitnehmern nach Steuern verbleibende *Netto-Reallohn* als Folge niedrigerer Lohnansprüche sogar zunehmen muß, wenn das Ziel des Haushaltsausgleichs von der Regierung als bindende Beschränkung ihres Steuersenkungsspielraums betrachtet wird. Da niedrigere Lohnforderungen nicht zu niedrigeren (Brutto-)Löhnen, wohl aber zu mehr Beschäftigung, und damit zu einer breiteren Steuerbasis, führen, entsteht Raum für eine Senkung der Lohn- oder Einkommenssteuern, ohne daß sich die öffentlichen Finanzen verschlechtern.<sup>20</sup>

Obwohl das Modell in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit als Folge eines Zinsanstiegs nicht nur einen Reallohnrückgang – bzw., bei Berücksichtigung eines autonomen technischen Fortschritts, eine Verlangsamung des Reallohnwachstums – erwarten läßt, sondern auch einen rückläufigen Anteil des Arbeitnehmereinkommens am Volkseinkommen (vgl.  $v/y$  in Abb. 2), ist einzuräumen, daß a priori keine Aussage über die Lohnquote möglich ist, so wie sie gewöhnlich gemessen wird, nämlich als Anteil des Arbeitnehmereinkommens an der inländischen Wertschöpfung ( $v/q$  in Abb. 2). Ob die Lohnquote im Zuge des Substitutionsprozesses sinkt oder steigt, ist eine Frage der Substitutionselastizität. Der kritische Wert von eins ist dabei eher als Obergrenze des empirisch relevanten Bereichs anzusehen – zumal in der kürzeren bis mittleren Frist und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Unternehmer in der Wirklichkeit ja nicht so einfach entlang den putty-putty-Isoquanten des Lehrbuchs rutschen können, sondern sich der Substitutionsprozeß nur durch allmählichen Strukturwandel und im Zuge einer mehr oder minder raschen Kapitalakkumulation vollziehen kann. Dies bedeutet, daß in Phasen eines stark steigenden Lohn/Zins-Verhältnisses – wie den 70er Jahren – die Lohnquote zunimmt und in Phasen eines stark fallenden Lohn/Zins-Verhältnisses – wie den 80er Jahren – wieder zurückgeht.<sup>21</sup>

Eine unbestreitbare Schwäche des hier verwendeten Modellansatzes ist die für die neoklassische Wachstumstheorie charakteristische Annahme einer natürlichen, exogen vorgegebenen Wachstumsrate, die auch von den heftigsten Konjunkturbölen nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Daß diese Annahme eine prekäre Grundlage längerfristiger Wachstumsbetrachtungen ist, geben gerade auch die Pioniere der Wachstumstheorie als erste zu (vgl. z. B. Bombach 1985;

<sup>19</sup> Es erscheint vielleicht wünschenswert, in dem Modell Lernprozesse zu berücksichtigen, welche die  $\bar{v}$ -Kurve im Zeitablauf gegebenenfalls verschieben. Die neueren Insider-Outsider-Theorien lassen es allerdings als fraglich erscheinen, in welche Richtung sich die Kurve verschieben wird. (Am Tag der Niederschrift dieser Zeilen (Ende August 1988) hielt die SPD ihren Parteitag in Münster ab. Die Beratungen über das Wirtschaftskonzept für den Wahlkampf 1990 haben den Verfasser in seiner Auffassung bestärkt, daß die Vernachlässigung von Lernprozessen auf seiten der Gewerkschaftsspitzen keine gravierende Unterlassungssünde ist.)

<sup>20</sup> Blanchard/Summers (1987) wägen diesen Effekt gegen die Auswirkungen fallender Grenzerträge der Arbeit ab, was zu einer komplizierten Formel führt. In unserer längerfristigen Betrachtung paßt sich dagegen der Kapitalstock endogen an, so daß für fallende physische Grenzerträge keine Grundlage mehr besteht und nur noch die zunehmenden fiskalischen Grenzerträge übrigbleiben.

<sup>21</sup> Eine alternative Interpretation der Lohnquotenentwicklung geben Fitoussi/Phelps (1988), die mit dem Einfluß des Zinses auf das unternehmerische Preissetzungs- und Arbeitshortungsverhalten argumentieren.

Solow 1988). Wir haben hier nur steady-state-Gleichgewichte verglichen und die Eigenschaften der Übergangsprozesse angedeutet. Wenn sich z. B. der Wachstumspfad des Pro-Kopf-Output nach unten verlagert, so bedeutet dies während des Übergangsprozesses eine ausgedehnte Zeitspanne verlangsamten Wachstums, selbst wenn die natürliche Wachstumsrate unverändert geblieben ist. Für alle praktischen Belange ist es jedoch von zweitrangiger Bedeutung, ob wir eine Dekade enttäuschenden Produktivitätswachstums als bestimmte Phase eines Anpassungsprozesses deuten, oder ob wir glauben, daß der auslösende Schock zusätzlich auch die natürliche Wachstumsrate gesenkt hat.

Vielleicht ist es instruktiv, abschließend und im Sinne einer Zusammenfassung kurz darauf einzugehen, welche Schlußfolgerungen der in diesem Aufsatz eingenommene Blickwinkel für einige der in der aktuellen Beschäftigungsdiskussion besonders umstrittenen Fragen nahelegt:

*1. Nachfragemangel oder Angebotschwäche?* Wie die meisten Fragen, die in unserer Wissenschaft die Gemüter erhitzen haben, ohne je einer allgemein akzeptierten Lösung nähergebracht worden zu sein, ist auch diese schlecht gestellt. Die Alternative der angebots- oder nachfrageseitig verursachten Arbeitslosigkeit, so brisant sie aus wirtschaftspolitischer Sicht erscheint, ist zu vordergründig. Die Wachstumsraten des Angebotsspielraums, an die man sich in den 50er und 60er Jahren gewöhnt hatte, sind vorbei. Ein Grund für weniger Beschäftigung ist dies an sich nicht. Wenn sich aber die Verteilungsansprüche nicht oder zu langsam an die neuen Gegebenheiten anpassen, kann die Geld- und Fiskalpolitik das für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung erforderliche Nachfragewachstum nicht schaffen, ohne daß das Preisniveau außer Kontrolle gerät. Insoweit als sich die Einkommensansprüche nicht an das schwächere Wachstum des Angebotspotentials angepaßt haben, ist die Arbeitslosigkeit angebotsbedingt; insoweit als eine restriktive Nachfragepolitik zur Disziplinierung der Anspruchsteller eingesetzt wird, ist die Arbeitslosigkeit nachfragebedingt. Die eigentliche Ursache aber ist der ungelöste Verteilungskonflikt.

*2. Arbeitszeitverkürzung?* Die Arbeitszeit hat in den Ausführungen dieses Aufsatzes nirgends eine Rolle gespielt. Das ist kein Zufall. Denn wenn die hier vorgetragene Analyse zutrifft, geht die ganze ausufernde Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung völlig am Problem vorbei. Es ist nicht einzusehen, was kürzere Arbeitszeiten zur Lösung des der Unterbeschäftigung zugrundeliegenden Verteilungskonflikts beitragen. Nichts spricht dafür, daß eine – ohnedies fragliche – Verringerung der Arbeitslosigkeit mittels Arbeitszeitverkürzungen den Ausbruch einer neuen Anspruchsinflation weniger wahrscheinlich macht als eine nachfrageseitig betriebene Beschäftigungspolitik (vgl. hierzu auch Layard 1986). Die hitzig geführte Diskussion um die Frage des Lohnausgleichs läßt sogar eher das Gegenteil befürchten.

*3. Investitionen subventionieren?* Die Diagnose der Investitionsschwäche bei gleichzeitig verstärktem Kapitalexport legt die Frage nahe, ob nicht Anreize geschaffen werden sollten, um das Kapital dazu zu bewegen, im Inland zu verbleiben (vgl. z. B. Giersch 1977, S. 42). In der Tat würde diese Maßnahme den

oben geschilderten Ursachen der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, indem der Einfluß eines hohen Zinsniveaus auf den optimalen Kapitalbestand der Unternehmungen abgeschwächt würde. Im Lichte der anhand von Abb. 2 angestellten Überlegungen ist eine solche Politik allerdings sicher nicht das optimale Instrument zur Beeinflussung der Arbeitsmarktlage. Denn wie wir gesehen haben, eröffnet ein hohes Weltzinsniveau einer sparfreudigen Volkswirtschaft durchaus günstige Voraussetzungen zur Erhöhung des Volkseinkommens. Und es ist gewiß nicht unmittelbar einsichtig, warum das Geld des Steuerzahlers dafür ausgegeben werden sollte, um die Ersparnisse von der bestmöglichen Anlage wegzulenken. Immerhin stellen Investitionsanreize eine gangbare „second-best“-Politik für den Fall dar, daß eine direktere Ursachentherapie an mangelnder Praktikabilität scheitert.

*4. Maschinensteuer?* In der Diskussion ist auch das Gegenteil eines Investitionsanreizes: eine sog. „Maschinensteuer“. Die Theorie hinter diesem Vorschlag ist, daß die Arbeitslosigkeit auf eine übertriebene Substitution des Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital zurückzuführen ist, und daß dieser „Wegrationalisierung“ der Arbeit durch eine Verteuerung des Kapitals entgegengewirkt werden kann. Wie aus unserer Argumentation in Abschnitt 3 hervorgeht, ist dieser Schluß ein Kurzschluß. Wohl würde eine künstliche Erhöhung der Kapitalnutzungskosten auf die Dauer die Kapitalintensität der Produktion senken; aber wenn die Arbeitnehmer nicht bereit sind, die hierdurch bedingte Reallohneinbuße zu akzeptieren, geht die größere Arbeitsintensität nicht mit einem höheren, sondern mit einem niedrigeren Beschäftigungsgrad einher. Die Wirkungen wären qualitativ dieselben wie im Fall des in Abschnitt 3 analysierten Zinsanstiegs.

*5. Mehrwert statt Lohnsumme als Bemessungsgrundlage der Sozialabgaben?* Auch dieser Idee liegt das Bestreben zugrunde, den von der hohen Lohnsummenbesteuerung ausgehenden Rationalisierungsanreizen entgegenzuwirken. Befragen wir unser obiges Modell nach den Erfolgsaussichten eines solchen Systemwechsels, so lautet die Antwort, daß die Wirkung gleich null wäre.<sup>22</sup> Das Faktoreinsatzverhältnis ist unter der Voraussetzung einer vollkommenen internationalen Kapitalmobilität durch die Kapitalkosten eindeutig determiniert, so daß von einer Änderung der Bemessungsgrundlage – soweit sie nicht, wie die Maschinensteuer, direkt auf den Faktor Kapital zielt – keine Substitutionseffekte ausgehen. Die Divergenz zwischen Verteilungsansprüchen und Verteilungsspielraum wird durch eine bloße Umbasierung der Sozialabgaben nicht tangiert.

*6. Senkung der Einkommens- und Lohnsteuern?* Was durch Umstrukturierung der Steuerbelastung nicht zu erreichen ist, wird durch ihre Verminderung erreichbar. Denn eine Senkung der Lohn- oder Einkommenssteuern ist das nächstliegende Mittel, mit dem die staatliche Wirtschaftspolitik die Einkommenssituation der Arbeitnehmer verbessern kann, ohne die Kostensituation der Unternehmer zu verschlechtern. Wir haben zwar gesehen, daß eine solche Einkommensverbesserung

<sup>22</sup> Zum gleichen Ergebnis kommt, auf anderem Wege, auch Scherf (1987).

rung von den Arbeitnehmern dank „fiscal increasing returns“ auch durch Zurücknahme ihrer Lohnforderungen herbeiführbar wäre. Aber angesichts der Tatsache, daß dieses scheinbar paradoxe Ergebnis einer zurückhaltenden Lohnpolitik erst sehr langfristig, d. h. nach Vollendung der induzierten Kapitalstockanpassung, und nur bei kollektiv koordiniertem Handeln der Arbeitnehmer insgesamt, eintritt, ist die Lohnpolitik mit der Forderung nach einer derartigen „Rückwärtsoffensive“ wohl überfordert. Daher wäre es zweckmäßig, wenn die Finanzpolitik mit einer Erleichterung der Steuerlast voranginge, auch wenn der günstige, kompensierende Einfluß einer Verminderung der Sozillasten und einer Vergrößerung der Steuerbasis auf den Staatshaushalt erst mit einiger Verzögerung spürbar würde. Voraussetzung wäre allerdings ein Pakt mit den Tarifparteien, der sicherstellt, daß die so erreichte Ausweitung des Verteilungsspielraums nicht durch entsprechend aufgeblähte Brutto-Einkommensforderungen ihrer Wirkung beraubt wird.<sup>23</sup>

7. *Share Economy?* Unter den zahlreichen Vorschlägen, die den Beschäftigungsproblemen nicht mit Prozeßpolitik, sondern mit institutioneller Reform zu Leibe rücken wollen, hat insbesondere Weitzmans (1984) Modell einer Wirtschaft starke Beachtung gefunden, in der die Arbeitnehmer vermehrt durch Beteiligung an den Unternehmungsgewinnen statt durch feste Lohnzahlungen entlohnt werden. Es leuchtet jedoch unmittelbar ein, daß dieses System nicht weiterhilft, wenn es tatsächlich unbefriedigte Einkommensansprüche sind, die der Vollbeschäftigung im Wege stehen. In der kurzen Frist, in der das physische Sachkapital als fixer Faktor betrachtet werden kann, mag es zwar möglich sein, die Basislohnkomponente so niedrig anzusetzen, daß für die Unternehmungen die Beschäftigung des gesamten Arbeitskräftepotentials rentabel wird, und gleichzeitig den Gewinnbeteiligungsparameter genügend hoch zu wählen, daß die Einkommensansprüche der Arbeitnehmer erfüllt werden. Aber das kann nur zulasten der Netto-Kapitalrentabilität gehen; und wenn das Kapital nicht daran gehindert werden kann, auf die Dauer dorthin zu gehen, wo es am meisten verdient, ist der Mißerfolg dieser Beschäftigungsstrategie vorprogrammiert. Für die Kapitaleigner läuft es auf dasselbe hinaus, ob sie Gewinnbeteiligungsdividenden an die Arbeitnehmer oder eine Gewinnsteuer an den Staat abführen müssen. Was zählt, ist die Netto-Rentabilität, die bei Kapitalmobilität dem internationalen Standard entsprechen muß und mithin die insgesamt erfüllbaren Verteilungsansprüche des Staates und der Arbeitnehmer limitiert – gleichviel, in welcher Form diese Ansprüche geltend gemacht werden.

So gesehen, ist die Gewinnbeteiligungsidee nicht falsch, greift aber zu kurz. Worauf es offensichtlich ankommt, ist, daß die Arbeitnehmer nicht nur am Gewinn, sondern auch am Vermögen, dem der Gewinn zufällt, beteiligt werden. Nur so lassen sich eine effiziente internationale Kapitalallokation und die

---

<sup>23</sup> Meade/Vines (1988) zeigen anschaulich, wie die Finanzpolitik mit hinreichend großen Steuergeschenken bzw. Subventionen im Prinzip jede noch so stabilitätswidrige Tarifpolitik mit Vollbeschäftigung und Preisstabilität in Einklang bringen kann, mit dem hierdurch bedingten Entsparen de facto aber das Volksvermögen aufzehrt. Um zu verhindern, daß die ungelösten Verteilungskonflikte letztlich einfach auf künftige Generationen abgewälzt werden, schlagen sie vor, die Stabilisierungspolitik einer Art „Volksvermögens-Restriktion“ zu unterwerfen.

Bewahrung der Vollbeschäftigung, ungefährdet von Verteilungskonflikten, miteinander vereinbaren. Bei einigermaßen breit gestreutem Vermögen besteht kein Grund mehr, warum ein Anstieg der Kapitalverzinsung die Widerstände hervorrufen sollte, die in unserem oben geschilderten Modell letztlich den Rückgang der Beschäftigung verursachen. Es ist hier nicht der Ort, die Vision eines Volkskapitalismus weiterzuverfolgen, in dem die funktionale Einkommensverteilung jegliche gesellschaftspolitische Brisanz eingebüßt hat. Aber gerade angesichts der unvermindert andauernden Probleme auf dem Arbeitsmarkt ist heute vielleicht mehr denn je zu bedauern, daß die Idee der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, für die sich Gottfried Bombach seit jeher mit Nachdruck einsetzte, kein stärkeres Echo fand.

## Literatur

- Alogoskoufis G, Manning A (1988a) Wage setting and unemployment persistence in Europe, Japan and the USA. *European Economic Review* 32
- Alogoskoufis G, Manning A (1988b) Wage setting and labour market adjustment in Europe, Japan and the USA. CEPR Discussion Paper, No 232
- Blanchard O, Summers L (1984) Perspectives on high world real interest rates. *Brookings Papers on Economic Activity* 2
- Blanchard O, Summers L (1987) Fiscal increasing returns, hysteresis, real wages and unemployment. *European Economic Review* 31
- Blanchard O, Summers L (1988) Beyond the natural rate hypothesis. *American Economic Review* 78, PP
- Blanchard O, Dornbusch R, Layard R (eds) (1986) *Restoring Europe's prosperity*. Cambridge
- Bombach G (1973) *Inflation als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem*. Basel
- Bombach G (1985) Erster Kommentar zu Georg Rich. In: *Inflationsbekämpfung und Gewinnpolitik der Schweizerischen Nationalbank*. Konjunktur, Sonderbericht Nr 162, Zürich
- Bombach G (1987) *Kapitalmarkt und Beschäftigung*. In: Schneider D (Hrsg) *Kapitalmarkt und Finanzierung*. Berlin
- Bronfenbrenner M (1954) Some neglected implications of secular inflation. In: Kurihara K (ed) *Post-Keynesian economics*. New Brunswick
- Bruno M, Sachs J (1985) *Economics of worldwide stagflation*. Cambridge
- Carlberg M (1986) *Makroökonomik der Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit*. Kredit und Kapital 19
- Coen R, Hickman B (1987) Keynesian and classical unemployment in four countries. *Brookings Papers on Economic Activity* 18
- Cross R (ed) (1988) *Unemployment, hysteresis, and the natural rate hypothesis*. Oxford
- Fitoussi JP, Phelps E (1988) *The slump in Europe*. Oxford
- Franz W (1984) Wohin treibt die Phillipskurve? *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 104
- Franz W (1987) Hysteresis, persistence and the NAIRU: an empirical analysis for the Federal Republic of Germany. In: Layard R, Calmfors L (eds) *The fight against unemployment*. Cambridge
- Franz W (1988) Beschäftigungsprobleme auf Grund von Inflexibilitäten auf Arbeitsmärkten? In: Scherf H (Hrsg) *Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften*. Berlin
- Friedman M (1968) The role of monetary policy. *American Economic Review* 58
- Giersch H (1985) Perspectives on the world economy. *Weltwirtschaftliches Archiv* 121.
- Giersch H (1987) Economic policies in the age of Schumpeter. *European Economic Review* 31
- Gordon R (1987) Wage gaps vs. output gaps: is there a common story for all of Europe? NBER Working Paper No 2454
- Hall R (1970) Why is the unemployment rate so high at full employment? *Brookings Papers on Economic Activity* 1

- Hall R (1979) A theory of the natural unemployment rate and the duration of unemployment. *Journal of Monetary Economics* 5
- Hickel R (1987) Ein neuer Typ der Akkumulation? Hamburg
- Hickel R (1988) Flucht in die Ideologie – Hohe Renditenansprüche verhindern den Abbau der Arbeitslosigkeit. *DIE ZEIT*, Nr 26
- Holzman F (1950) Income determination in open inflation. *Review of Economics and Statistics* 32
- Krupp H-J (1988) Gewinne schaffen keine Jobs – Nicht ein Patentrezept, sondern eine gebündelte Strategie der Modernisierung ist nötig. *DIE ZEIT*, Nr 25
- Landmann O (1988) Current issues in the international macroeconomic policy debate. In: Borner S (ed) *International finance and trade in a polycentric world*. London
- Layard R (1986) *How to beat unemployment*. Oxford
- Layard R, Nickell S (1987) The performance of the british labour market. In: Dornbusch R, Layard R (eds) *The performance of the british economy*. Oxford
- Lucas R (1975) An equilibrium model of the business cycle. *Journal of Political Economy* 83
- Malinvaud E (1977) *The theory of unemployment reconsidered*. Oxford
- Meade J, Vines D (1988) Monetary policy and fiscal policy: impact effects with a new Keynesian „assignment“ of weapons to targets. CEPR Discussion Paper No 246
- Modigliani F, Monti M, Drèze J, Giersch H, Layard R (1987) Reducing unemployment in Europe: the role of capital formation. In: Layard R, Calmfors L (eds) *The fight against unemployment*. Cambridge.
- OECD (1986) *Flexibility in the labour market*. Paris
- Phelps E (1967) Phillips curves, inflation expectations, and optimal employment over time. *Economica* 34
- Sachs J (1987) High unemployment in Europe: diagnosis and policy implications. In: Siven C-H (ed) *Unemployment in Europe: analysis and policy issues*. Timbro
- Scharpf F (1988) Vollbeschäftigung kostet Geld – Der Staat sollte zusätzliche Arbeitsplätze subventionieren. *DIE ZEIT*, Nr 27
- Scherf W (1987) Beschäftigungspolitische Aspekte einer Reform der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. *Finanzarchiv*. NF 45
- Solow R (1956) A contribution to the theory of economic growth. *Quarterly Journal of Economics* 70
- Solow R (1986) Unemployment: getting the questions right. *Economica* 53, Supplement
- Solow R (1987) Beitrag zu „The conservative revolution: a roundtable discussion“. *Economic Policy* 5
- Solow R (1988) Growth theory and after. *American Economic Review* 78
- Streißler E (1973) *Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie*. Zürich
- Tobin J (1977) Comment on Coen/Hickman. *Brookings Papers on Economic Activity* 1
- Weitzman M (1984) *The share economy*. Cambridge
- Weizsäcker CC von (1988) Zuviel Lohn macht arbeitslos – Arbeitgeber und Gewerkschaften sind für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. *DIE ZEIT*, Nr 24